

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 61,
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u.
sonstige an den betr. Bezirksvorstehenden einzusenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von
Joh. van Veen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 65.
Fernsprech-Nr. 1368.

Nr. 27. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 4. Juli 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Ortsgruppenverwaltungen werden hierdurch
dringendst gebeten und ersucht, die

Abrechnung pro II. Quartal 1908 baldmöglichst

zu erledigen bezw. der Geschäftsstelle des Verbandes
in Düsseldorf einzusenden. Spätestens am 20.
Juli er. müssen sämtliche Abrechnungen
eingegangen sein!

Die präzise Einhaltung dieses Termins
ist absolut notwendig, da für die Verarbeitung
des gesamten Materials und die Ausarbeitung des
umfangreichen Geschäftsberichts für die bevorstehende
Generalversammlung viel Zeit erforderlich ist.

Die Ortsgruppen, die diesmal mit der Abrech-
nung im Rückstand bleiben, verhindern dadurch die
geordnete Erledigung der Vorbereitungen für die
Generalversammlung und schädigen somit das
gesamte Verbandsinteresse.

Deshalb nochmals: Ortsgruppenkassierer,
sorgt für eine frühzeitige und korrekte Ab-
rechnung!

Mit kollegialem Gruß!

Für die Geschäftsstelle:

C. M. Schiffer, Verbandsvorsitzender.
H. Schaffrath, Zentralkassierer.

Zur Verbands-Generalversammlung.

Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Wiederum sind uns mehrere Einwendungen zu-
gegangen, die sich sämtlich mit der Einführung
der Arbeitslosenunterstützung durch die
Augsburger Verbandsgeneralversammlung befassen
und zwar in zum Teil unrichtiger Weise. Da die Zu-
kunft eine gewisse Gegenüberstellung von Vor- und
Nachteilen darstellt, die Argumente für die Arbeitslosenunterstützung
darin liegt, dass dieselben sind, lassen wir die Gedanken-
gänge der Kollegen zusammen und geben sie dem
Sinn nach wieder:

Zweifellos hat die Augsburger Verbandsgeneral-
versammlung dadurch bei unseren Mitgliedern be-
sonders viel Interesse erweckt, daß die Frage der Ein-
führung einer Unterstützung für die Folge in der Ver-
treter der Arbeitslosigkeit zur Beratung und hoffent-
lich auch zur Annahme kommen wird. Eine bitter
empfundene Lücke in unserem Unterstützungswe-
sen würde dadurch ausgefüllt. Prinzipiell muß man sich
auf den Standpunkt stellen, daß die Schaffung einer
solchen Unterstützungsart Sache des Reichs und
der Kommunen ist. Aber mit dem Reiten auf
Prinzipien kommt man keinen Schritt voran. Bis
der Staat mal an die praktische Lösung des Ar-
beitslosenversicherungsproblems herantritt, haben sich
Herbst und Winter ganz gewiß noch verschiedene
Male gewechselt. Da gäbe es zuerst noch eine Fülle
von Vorarbeiten zu erledigen, die bei der „be-
rühmten Fügigkeit“ unseres Regierungsapparates so
und so viele Jahre in Anspruch nähmen. Dabei ist
die praktische Lösung dieser Frage durch den Staat
auch nicht ohne große Gefahren für die Ar-
beiterschaft, besonders für die Beiträgen der
organisierten Arbeiterchaft. Das Problem
der Reichsarbeitslosenversicherung ist ohne Unter-
stützung und Beschneidung gewisser Arbeiterrechte
kaum durchführbar. Will der Staat eine allgemeine
Arbeitslosenversicherung durchführen, dann muß er
dabei die allgemeine Arbeitspflicht zur Vor-
aussetzung machen. Denn wer nicht arbeiten will,
hat kein Recht auf staatliche Unterstützung. Die
Gefährlichkeit dieser Arbeitspflicht für die Be-
treffenden der Arbeiter möge durch folgenden kur-
zen Beispiel illustriert werden: In einem Betrieb
wird gestreikt. Nun wird der Staat fordern, daß
der Arbeitslose unter allen Umständen Arbeit an-
nehme. Letzterer wird also zu dem bestreikten Be-
triebe dirigiert und so zum ganz gewöhnlichen
Streikbrecher werden unter dem Protektorate des
Staates. Die heute bestehenden paritätischen oder
kommunalen Arbeitsnachweise stellen ihre Vermitt-
lung für einen Betrieb auch dann nicht ein,
wenn in diesem die Arbeiter in einer
Lohnbewegung oder gar in einem Streit
leben. Heute ist den Gewerkschaften Gelegenheit
gegeben, eotl. durch Arbeitsnachweise zugelassene
Arbeitslose von dem bestreikten Betriebe fern zu
halten. Wenn es sich für den Arbeitslosen aber
um Sein oder Nichtsein der Arbeitslosenunterstützung
handelt, dann wird das Abschließen Arbeits-
williger für die Gewerkschaften bedeutend
erschwert. Ja, der Staat wird dann durch seine
gut organisierten und weit verzweigten Arbeits-
nachweise stets und ständig für „Streikbrecher“ sor-
gen, um an der Zahlung der Unterstützung vorbeizukommen. Das Experiment einer Reichsarbeits-
losenversicherung ist also ein äußerst gefährliches für
uns organisierte Arbeiter.

Dann aber auch ist die Frage der Arbeitslosen-
versicherung für den Staat derart kompliziert,
daß sich zu ihrer Lösung jedenfalls noch manche
Sozialminister die Köpfe zerbrechen werden. Wie
soll der organisatorische Aufbau sein? Eine
selbständige Versicherung? oder soll die Arbeits-
losenversicherung an eine der bestehenden Versiche-

rungsstellen angelehnt werden? sollen die Kommunen
oder direkt das Reich die Sache regeln? Aus dem
Wust von Vorschlägen und Möglichkeiten das Pra-
tische herauszufinden, ist keine Kinderarbeit. Der
gangbarste und am schnellsten zum Ziel führende
Weg für die Organisationen ist der: die Gewerks-
chaften führen diese Unterstützung ein.
Dann ist für die Gewerkschaften die Frage vor-
läufig gelöst und sie können der späteren Gese-
gebung gründlich vorarbeiten.

Die Frage ist auch für unsern Verband wichtig
genug, bald geregelt zu werden. Nichts macht den
Arbeitsmarkt unsicherer, nichts brüht das Lohn-
niveau mehr als das fortwährende Wetteilen Arbeits-
loser um Beschäftigung. Wie eine Ueberfüllung des
Marktes in Waren eine Verminderung der Preise
berbehalten naturgemäß zur Folge hat, so ein Ueber-
angebot von Händen eine Verringerung der Lohn-
höhe. Daß die englischen Gewerkschaften in den
ersten Jahren ihres Bestehens ihre Haupttätigkeit in
der Regulierung von Angebot und Nachfrage von
Arbeitskräften durch Arbeitsnachweise, Reise- und
Arbeitslosenunterstützung sahen, war gewiß über-
flüssig, aber eine richtige Idee lag dem doch zu-
grunde.

Aber für eine Gewerkschaft kommt wohl das
Argument mehr in Betracht: Wir müssen die Arbeiter
fester an den Verband zu ketten suchen; dieses fort-
währende Ein- und Aussteigen der Mitglieder hemmt
uns in den gewerkschaftlichen Erfolgen ganz gewal-
tig. Leider ist die Solidarität unter der Arbeiter-
schaft noch nicht so sehr lebendig, daß die Kollegen
und Kolleginnen lediglich aus Standesbewußt-
sein und dem Bewußtsein der Interessengemeinschaft
treu zur Stange halten. Die Kollegen und Kolleginnen
gehen laufen aus dem Verbandsgerade dann,
wenn für den Proletarier die Zeit so überaus ernst
ist, wenn er die ganze Erbärmlichkeit seiner Existenz
bitter fühlen muß, wenn der Arbeitgeber seinen
ganzen Machtapparat auf die Arbeiter spielen läßt.
Dann lassen so viele Kollegen die stolze Fahne der
Arbeiterolidarität im Stich, sinken glaubenlos an
die gerechte Sache und nutzlos zusammen, wie ein
feiger Dieb, der nicht Courage genug besitzt,
auch in schwieriger Position in den Duppeln
auszuhalten.

Die größte Gefahr dieser Fahnenflucht liegt darin,
daß dadurch der Gewerkschaft die Möglichkeit
genommen wird, mit aufsteigender Kon-
junktur das Verlorene wieder zu erobern.
Dann ist die notwendige Zahl nicht organisiert,
dann muß erst wieder agitiert und geleitet werden,
um die Reihen aktionsfähig zu machen. So
schädigen gerade die Mitglieder, die in Zeiten wirt-
schaftlicher „Schlappen“ dem Verbands den Rücken
bedeuten, ihre eigenen und die Arbeiterinteressen ganz
bedeutend. Und leider gehen gerade in solchen Zei-
ten dem Verbands die meisten Mitglieder verloren.
Diese ungeschulte Mitgliederfluktuation ein-
zu dämmen, ist gerade die Arbeitslosenunterstützung
in der Lage. Wenn der Kollege weiß, daß sein
Verband ihm evtl. über die schlimmsten Tage der
Arbeitslosigkeit hinweghilft, dann hält er länger zur
Stange.

Wenn ein Verband die Arbeitslosenunterstützung
eingeführt hat, dann darf das Mitglied einer solchen
Organisation auch schon eher dem Arbeitgeber
gegenüber ein resoluteres Wort wagen. Heute
hält der Arbeiter den Mund schon, weil er befürcht-
et auf die Straße zu fliegen und brotlos zu
werden. Ist der Arbeiter Mitglied eines Verbandes
mit Arbeitslosenversicherung, dann braucht er sich
nicht bei jeder Gelegenheit vor dem Unternehmer zu
bücken, weil ihn dieser doch nicht mittellos machen
kann. Es fliegen heute Hunderte von Kollegen aufs
Straßenpflaster, ohne daß gleich eine Maßregelung
vorläge und auf Grund der Maßregelungsunter-
stützung der Kollege unterhalten werden müßte.

Gätten wir eine Arbeitslosenunterstützung, dann
wären wir auch über die Frage hinweg, wie
unsere Mitglieder leben sollen, wenn sie infolge von
Fabrikbrand, Maschinenbeschädigung oder son-
stigen Ursachen zum Feiern gezwungen
werden. Dann träte eben die Arbeitslosenunter-
stützung in Wirksamkeit.

Führen wir dieselbe darum ein. Helfen wir un-
sere Mitglieder hinweg über die schlimmsten Tage der
Arbeitslosigkeit, die für jeden Arbeiter einen wahren
Schrecken bedeuten. Wir müssen vom Verband aus
den organisierten Arbeitern beibringen, wenn bei
ihnen die schlimmste Not eingeleht ist. Unserem
Verbands gewinnen und erhalten wir dadurch Mit-
glieder und vermehren so die Schlagfertigkeit der
organisierten Arbeitermassen.

Interessante Enthüllungen.

Unsere Mitglieder werden sich noch des er-
bitterten Kampfes erinnern, den die Betriebs-
leitung der Spinnerei und Weberei Hütten-
heim (Unter-Elbe) im Sommer 1906 gegen unsere
Organisation geführt hat. Durch Anschlag wurde
den Arbeitern unter der Strafe der Entlassung
der Beitritt zur Organisation verboten. Tugend-
von Arbeitern, die teils viele Jahre in der Fabrik
gearbeitet hatten, wurden wegen Zugehörigkeit zur
Organisation gemahnt. Man verbot den Ar-
beitern den Verkehr in der Wirtschaft, die uns als
Versammlungsort diente. Der einzige Feind des
Ortes wurde boykottiert, weil er einige Zeit die
Leitung der Ortsgruppe inne hatte. Herr Langen,

der Direktor des Betriebes und ein verbissener
Gegner der Organisation, strengte gegen unsere
Kollegen Fischer eine Verleumdungsklage
an. Letzterer erhob Widerklage. Die Angelegenheit
beschäftigte alle Gerichtsstellen und endigte mit
der Verurteilung des Kollegen Fischer zu 50 Mk.
und des Herrn Langen zu 40 Mk. Geldstrafe.

Während dieser Zeit trat nun eine wesentliche
Veränderung ein. In Hüttenheim wurde von einer
anderen Gesellschaft eine neue Spinnerei errichtet.
Bei der Erwerbung der hierzu nötigen Grundstücke
übernahmen zwei Beamte der Spinnerei und Weberei
Hüttenheim, natürlich ohne Wissen ihres Vorgesetzten,
die Vermittlung. Nachdem das Terrain gesichert
war und der Bau in Angriff genommen werden
konnte, traten die beiden Herren aus ihrer bisherigen
Stellung aus und sind heute in dem neuen Betriebe
tätig. Dadurch haben sich dieselben anscheinend die
Feindschaft ihres früheren Vorgesetzten zugezogen.
Der eine der beiden Herren veröffentlichte nun im
Straßburger „Volkswort“ (Nr. 132 vom 9. Juni
1908) folgende recht interessante Enthüllun-
gen, die drastisch dazumal, mit welcher erbärm-
lichen Mitteln manchmal gegen die organisierten
Arbeiter gekämpft wird:

Hüttenheim, 4. Juni.
Bekanntlich haben sich im Sommer 1906 gelegentlich
der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in Hüttenheim
traurige Vorkommnisse abgespielt, die leider heute noch
leben nachwirken. Heute versucht man die Hände in schmutzi-
gem Wasser zu waschen, und will scheint's andern Leuten
die Sache in die Schuhe schieben.

Damals wurde zu scharfsten Maßregelungen
gegriffen, sodaß mancher langjährige arme Arbeiter ge-
nötigt wurde, seiner Familie Abzug zu sagen, um ge-
trennt von der lieben Heimat in der fremden Welt den
für seine Angehörigen benötigten Unterhalt zu verdienen.
Als nun voriges Jahr hier eine neue Spinnerei gebaut
und in Betrieb gesetzt wurde, konnten die ausgesperrten
Arbeiter wieder in ihre Heimat zurückkehren, weil die-
selben wieder Beschäftigung fanden.

Nun soll nach Aussage einiger Arbeiter die Fabrik-
leitung Hüttenheims mehrmals geäußert haben, daß die
vorgenommenen Maßregelungen von mir als damaligen
Vorgesetzten der Spinnerei Hüttenheim infolge Beinstimmung
verschuldet wurden. Wenn diese Äußerung auch nur als
eine bloße Behauptung angesehen werden darf, so ist sie
jedoch geeignet und soll wahrheitsgemäß nur diesem
Zwecke dienen, die mir in meiner jetzigen Stellung
unterstellten Arbeiter gegen mich aufzuwiegen.
Als Verantwortlicher der gegen mich unternommenen
Geschäftsaufgaben gebe ich hiermit bekannt, daß ich in Ge-
werkschaftsangelegenheiten nicht mehr und
nicht weniger unternommen habe, als Herr
Langen von mir verlangte. Die von mir und auch
von andern Herren besuchten Versammlungen waren
offiziell, wo wichtiges also nicht verhandelt werden
konnte. Zu geheimen Versammlungen konnte ich mir
keinen Zutritt erlauben, wohl aber wurde im Auf-
trage der Fabrikleitung sich zu diesen Versamm-
lungen meistenteils ein Geheimpolizist unter irgend
einem Vorwand Zutritt zu verschaffen, welcher
dann am andern Tage über den Verlauf der Versamm-
lung berichtet, ohne daß die Organisierten wußten,
wo der Verräter stehe. Im Zutritt zu einer in
Krefeld angesagten Versammlung zu verhindern,
wurden noch andere Mittel angewandt. Eintritz-
zettel, welche von Verlegung des Briefgeheimnisses
herrührten, hat man den Geheimpolizisten gesteckt,
um sich Zutritt zu ermöglichen. Die Fabrikleitung
hat sich zu diesem Zwecke also die Verlegung eines
Briefgeheimnisses auf unerlaubte und gesetzlich
strafbare Art und Weise zu Nutzen gemacht. Man
hatte hierorts von solchen Herren erwartet, daß man
weiß, den Gesetzen Achtung zu verschaffen, anstatt eine
Verletzung des Briefgeheimnisses als will-
kommene Gelegenheit unerlaubterweise zum
Nachteil armer Arbeiter auszunutzen.

Nach all diesen und andern Vorkommnissen versucht
man heute andere Leute zu verächtigen. Es bleibt zu
hoffen, daß die Arbeiterchaft einseht, wenn sie die Ver-
besserung ihrer Lage zu verhandeln hat. Eugen Walter.

Wir sind wirklich gespannt, was Herr Langen
hierauf zu erwidern hat. Ob er nun ebenfalls gegen
Herrn Walter Klage wegen Verleumdung erheben
wird? Wir glauben kaum. Interessant wäre es
jedoch, wenn Herr Langen sich nicht als ein
Gerichtsverhandlung noch manchen dunklen
Punkt in dieser traurigen Affaire auf-
hellten. Uebrigens, was sagt die Staats-
anwaltschaft zu dem gegen die Hüttenheimer
Fabrikleitung erhobenen Vorwurf der Ver-
letzung des Briefgeheimnisses? Uns scheint,
daß das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch
nicht gesprochen ist. Den Arbeitern aber sollten
diese Vorkommnisse erst recht ein Ansporn sein, der
Organisation beizutreten.

Nochmals die Doppelstuhl-Bewegung in Aachen.

Die „Genossen“ kommen im Organ ihres Ver-
bandes, dem „Textilarbeiter“, über die Aachener
Doppelstuhl-Bewegung noch immer nicht zur Ruhe,
obwohl in Aachen unter der christlich-organisierten
Arbeiterchaft die Sache längst entschieden ist. Es
herrscht völliges Einverständnis mit der Haltung der
Leitung unseres Verbandes. Hier ist längst Ruhe ein-
gezogen. Die verlockende Einführung hat bis jetzt
ergeben, daß 26 — sage und schreibe sechsund-
zwanzig — Doppelstuhlpäare in Aachen im Gange
sind. Man vergleiche damit den Spektakel, den die
„Deutschen“ der Sache wegen gemacht haben und
noch machen und man wird sich nicht mehr zu fragen
brauchen, ob bei den Worten lediglich agitatorische
oder andere Gründe die Treiber in dem Streite

waren und noch sind. Man hätte so gerne den Ver-
lust in Krefeld und anderwärts durch Uebertritte
aus dem christlichen Verbands einigermaßen aus-
geglichen. Aber — ich habe den ganzen Tag ge-
arbeitet und nichts gefangen!

In einem über eine Blattseite langen Artikel
wird in der Nummer 24 des „Textilarbeiter“
„gründlich“ gegen den christlichen Verband losgelegt.
„Fall Behrens“, „Zentrum“, „Johannes“, alles ist
zu einem Artikel zusammen geknetet worden, der „das
arbeiterverräterische Treiben der Christlichen in
Aachen“ den „frei“ Organisierten tun soll. Die
Verbissenheit in dem Geschreibsel und die wunder-
barsten Sprünge, die darin gemacht werden, ver-
raten den Schreiber. Keiner kann aus seiner Haut
heraus, nicht wahr, „Genosse“ Reimes?

Sehr „nett“ liebt sich die Einleitung des Artikels,
in der es u. a. heißt:

„Auch sind die Arbeiter bis heute noch der Meinung,
daß, sofern der christliche Verband sie nicht so schmäht
im Stich gelassen hätte, Aachen noch auf lange Zeit vom
Doppelstuhlsystem verschont wäre.“

Die in diesem Satze ausgesprochene Behauptung
ist nichts anderes als eine jener Verleumdungen, an-
denen die „Genossen“ in der Zweifelsbewegung stets
so überreich waren. Wir lassen unsere Mit-
glieder nicht im Stich. Wenn man in dieser Be-
ziehung Studien machen will, dann gehe man nur in
Krefeld unter Mitglieder des „deutschen“ Verbandes.
Unser Verband hat in einer von über 2000 Mit-
gliedern besuchten Versammlung den Kollegen selbst
die Entscheidung über die Frage der probenweisen
Einführung des Doppelstuhls überlassen. Daß der
christliche Textilarbeiterverband ehrlich und uner-
schrocken die Interessen seiner Mitglieder vertritt,
hat der Fall Königberger wieder bewiesen.

Sehr schön ist die Erklärung in obigem Zitat,
daß Aachen noch auf lange Zeit vom Doppelstuhl
verschont geblieben wäre. Also, gekommen wäre
er doch, wenn auch erst nach langer Zeit.

Eine Lüge soll es sein, daß der „deutsche“ Ver-
band gegen das Doppelstuhlsystem in Aachen sei
aus rein agitatorischen Gründen.

Die „Genossen“ mögen nochmals das Eingel-
102 sowie die Einführung des Redakteurs
Wagner auf Seite 107 des Protokolls der
vorletzten Generalversammlung nachlesen,
so werden sie finden, wie der „deutsche“ Verband
über den Doppelstuhl denkt, und wie Gauleiter
Reimes sich durch das Eingeländnis des „deutschen“
Textilarbeiters vom 13. April 1906 in dem säch-
sischen Agitationsbezirk geschädigt sah. Reimes
hat mit seinem Eingeländnis seinen Aachener Freunden
eine Suppe eingebracht, die sie nach zwei Jahren
noch nicht verdauen können und lieber mit Schüssel
und allem Gerütz in den Wäldern wecken möchten.

Des weitern stellen wir fest, daß Kollege Siffert
1906 dem ehemaligen Aachener Führer Feinhals
200 Mk. angeboten hat, wenn Feinhals dem
Nachweis erbrächte, daß die Aachener reich-
sten Artikel nicht in Sachsen-Thüringen auf
dem Doppelstuhl hergestellt wurden. Feinhals
hat sich bis jetzt diese 200 Mk. nicht ver-
dient.

Wenn einige „Genossen“ in Sachsen-Thüringen
Feststellungen machten, so dürfen wir leider darum
wenig geben. Wir trauen der Feststellungskraft der
„Genossen“ nicht viel oder vielleicht auch zu viel zu.
Wir sind selbstverständlich dort gewesen und haben
den Doppelstuhl mit den Aachener Artikeln dort vor-
gefunden. Wir verlassen uns auf unsere eigene Fest-
stellungen mehr, als auf das Geschreibsel des
„deutschen“ Textilarbeiters. Die Tatsache bleibt be-
stehen, daß die Aachener leichten Artikel zu tausenden
von Stück von den „Genossen“ in ihren Domänen
für Aachen hergestellt wurden.

Tatsache ist ferner, daß 1896 Mitglieder des
„deutschen“ Verbandes den Doppelstuhl als einen
Fortschritt der Technik bezeichnet haben,
den man mitmachen müsse.

Tatsache ist ferner, daß der Gauleiter Reimes
1906 in dem Aachener Bierkeller erklärt hat:

„Wenn die Fabrikanten mit dem Doppelstuhl Ernst
machen, ist der christliche und auch der „deutsche“ Verband
nicht in der Lage, den Doppelstuhl von Aachen fernzu-
halten.“

Tatsache ist, daß „Genosse“ Ruhnen Behin-
gungen für Bedienung des Doppelstuhls veröffentlicht
hat, die von unserm Verbands rundweg abge-
lehnt waren.

Tatsache ist ferner, daß die „Genossen“ in ihren
Domänen in den Rammgarnwebereien drei Stühle
bedienen.

An diesen Tatsachen ist durch die ellenlangen
Artikel der „Genossen“ nichts zu ändern; auch ihre
Verdrehungen und ihr Leugnen hilft dabei nichts.
Tatsachen bleiben bestehen, und wir erklären noch-
mals: In den vor zwei Jahren vom Schiedsgericht
festgelegten Bedingungen für Einführung des Zwei-
stuhlsystems heißt es: „Das Doppelstuhlsystem wird
wieder beibehalten, wenn die andern Konkurrenz-
plätze davon Abstand nehmen.“ Unter den Konkurrenz-
plätzen war vorwiegend Sachsen-Thüringen ge-
meint. Gätte der „deutsche“ Verband innerhalb dieser
zwei Jahre wirksam Hand an die Abschaffung gelegt,
dann hätte Aachen vom Doppelstuhl verschont.
Aber statt dessen wurde dort immer mehr
die Aachener Ware für Aachener Rechnung
auf dem Doppelstuhl und schließlich auf dem
Dreifuhl verwebt. Wir haben zwölf Jahre
wirksam gegen die Einführung des Doppelstuhls ge-
kämpft. Wir haben hierbei die Hoffnung gehabt, das

deutsche" Verband würde dabei mithelfen. Wir haben uns schwer getäuscht. Die Deutschen haben...

Aus dem Jahresbericht des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Lohnbewegungen, Streiks und Erfolge.

Die großen und gewaltigen Kämpfe, wie sie in den letzten vorausgegangenen Jahren zu bezeichnen waren, traten in 1907 weniger in Erscheinung. Das mag in...

christlichen noch der freien Gewerkschaft angehört, und verpflichtet, sich, in keiner Weise, weder moralisch noch finanziell, die streikenden und ausgeperrten Gewerkschaften zu unterstützen.

Table with 4 columns: Beruf, Mitgl., Lohnhöhe, Arbeitszeitverlängerung. Lists professions like Bauhandwerker, Metallarbeiter, etc.

Der gewerliche beginnt der Tarifbewegung stärkeren Eingang zu finden; insbesondere trifft dieses für das Handwerk zu. Ferner wird über 1089 Bewegungen berichtet...

Table with 3 columns: Art der Bewegung, Anzahl, Beteiligte Personen. Lists types of strikes like Angriffstreiks, Abwehrtreiks, etc.

Wie in den früheren Jahren fällt auch jetzt wieder auf, daß die Mehrzahl der Ausperrungen nicht nach dem Wunsch der Arbeitgeber verlaufen. In der Regel erfordern Ausperrungen sich auf größere Bezirke mit ungleichmäßigen Arbeitsbedingungen.

Der Allgemeine Transporthandwerkerberand hatte in 1907 eine große Entgegenkommen fand. Meist verhandelt die Betriebsleiter direkt mit den Vertretern der Organisation...

Table with 4 columns: Beruf, Mitgl., Lohnhöhe, Arbeitszeitverlängerung. Lists professions like Holzarbeiter, Fabrikarbeiter, etc.

In diesem Zusammenhang verdient die Entwicklung der Arbeitgeberverbände kurz Erwähnung. Im allgemeinen können die Arbeitgeberverbände als Vereinigungen betrachtet werden...

Die Arbeitgeberverbände sind in jüngster Zeit zum ersten Mal für das ganze deutsche Reich geltende einheitliche Tarifbestimmungen vereinbart ohne Streik. Der Erfolg ist aberbedeutend, wenn man bedenkt, wie von schärfmaderischer Seite stets gegen die Tarifbewegung gehet wurde.

Aus dem Verbandsgebiete.

In der letzten Nummer unseres Organs berichteten wir, daß die Belegschaft der Lohnweber Blumenfaat u. Co. einstimmig eine Resolution angenommen hatte...

Warendorf.

Eine Einigung ist bei der Firma Brinkhaus nicht zu erreichen. Wohl hat am Freitag und Samstag eine Aussprache zwischen Firma und dem Vorstehenden unserer Ortsgruppe und eines Arbeiters...

Von der Heimarbeit-Ausstellung in Frankfurt a. M.

Die Frankfurter Heimarbeit-Ausstellung ist am 18. Juni geschlossen worden. Es war zuerst ein solcher Schlußtermin festgesetzt, aber die Leitung hat dem Wunsch vieler nachgegeben...

Die Plätzweber in der Höhe.

Geschichte. Etwa um 1850 im Gieseler Oberland eingeführt und die bis dahin betriebene Leinen- und Baumwollweberei zurückdrängend, beschäftigte die Plätzweber in der Höhe...

Die Arbeitervereine in der Höhe.

Die Arbeitervereine in der Höhe sind seit dem Jahre 1890 in der Höhe entstanden. In der Höhe sind seit dem Jahre 1890 in der Höhe entstanden...

Die Plätzweber, ganz bedeutend.

In den nachstehend aufgeführten Zahlen ist die Vergütung für die vom Weber zu leistende, aber nicht besonders begabte Arbeit des Aufbaumens des Webstuhls, Putzen der Kette usw. sowie die Entschädigung für die das Spulen besorgende Hilfsperson...

zurück kommen Augenblicklich wollen wir alle Schärpen vermeiden, da diese nur die Situation verschlimmern können.

Aus unsern Bezirken. Baden.

9. Verbandsbezirk. Hög. In der am 17. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung hielt zunächst Kollege Kiefer einen sehr belehrenden Vortrag über die Aufgaben der organisierten Arbeiter.

Die Wahl eines Kassierers vorgenommen werden mußte, wurde unser bisheriger Vorsitzender Sattler als solcher und Lokalbeamter Kiefer als erster Vorsitzender gewählt.

Die am Sonntag, den 14. Juni im Gasthaus zur Sonne in Tobinau abgehaltene christliche Arbeiterversammlung spricht sich über die Wichtigkeit der Arbeit.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Schöwege. Eine sehr anregende und zugleich auch lehrreiche Versammlung war es, in der Redakteur Raffenscheidt über die christlich-nationale Arbeiterbewegung unter besonderer Berücksichtigung der christlichen Gewerkschaften sprach.

Dülken. Den Kollegen sei bekannt gegeben, daß der Frankengeld Samstags abends von 6-7 Uhr abgesetzt wird.

Gohnekirch. Unsere Versammlung vom 14. Juni beschäftigte sich mit der Augsburger Verbandsgeneralversammlung. Zuerst wurden die Delegierten nach Meyndt gewählt und zwar die Kollegen Heinrich Hörsing und Josef Reinhard als Delegierte und Anton Mehl und Heinrich Wiesen als Ersatzmitglieder.

Krefeld-Dorsten. Am 14. Juni hielt unsere Ortsgruppe eine Versammlung ab. Kollege Bassen sprach über die Beziehungen zwischen Ost- und Westfalen.

Gewerkschaftler sich mehr an den Verwaltungen beteiligen müssen. Als Delegierter zum Wahlkomitee für die Verbandsgeneralversammlung wurden die Kollegen Deim. Dreißig und W. Käppers gewählt.

Siegburg. Am 21. Juni tagte im Lokale des Hotel Stern eine vom Bezirksrat einberufene öffentliche Generalversammlung, die von über 500 Personen besucht war.

Aus unserer Industrie.

Die Lage im Textilgewerbe.

Das Textilgewerbe bietet in all seinen Zweigen ein überaus trübes Bild. Von den Betriebsbedingungen, die in der Baumwollbranche in verschiedenen Bezirken geplant oder bereits vorgenommen sind, ganz abgesehen, geht man jetzt auch dazu über, Arbeiterentlassungen in größerem Umfang vorzunehmen.

Im rheinisch-westfälischen Webereibezirk arbeiten viele Betriebe nur fünf Tage die Woche. Der Verein süddeutscher Baumwollindustrieller beschloß in einer Sitzung vom 19. Juni, der jetzigen mitleidigen Geschäftslage durch eine allgemeine Produktionseinschränkung Rechnung zu tragen.

Die rheinisch-westfälischen Spinner konnten sich gleichfalls in dieser Frage noch nicht einigen, da nach der Statistik vom 1. Juni die Lagerbestände an Baumwollgarnen nur einer 2 1/2 wöchigen Wochenerzeugung entsprächen, der noch Aufträge von 20 Wochen gegenüberstanden.

Segen für das Geschäft ist vorläufig noch, so meint der „Konfektionär“, daß die Märkte für Rohbaumwolle fest sind, wenigstens ist dies bei Abwägung der alten Abfälle von Wichtigkeit, sonst wäre der Verlust noch größer.

Auch aus der Seidenbranche kann nichts Gutes gemeldet werden. Infolge der Erwartung, daß das flotte Geschäft des Jahres 1907 und 1908 anhalten würde, sind in der Seidenbranche Vorräte geschaffen, die in gar keinem Verhältnis zum augenblicklichen Verbrauch stehen.

Es ist nicht so einfach, einen Betrieb ohne weiteres zu einem Teile stillzulegen, denn die Webstühle mit ihrem feinen und komplizierten Mechanismus lassen sich lange Zeit stehen lassen, und außerdem ist gerade die Seidenweberei auf geschultes Arbeitsmaterial angewiesen.

Es fragt sich nun, schädigt sich die Fabrik dadurch mehr, als sie andauernd weiter fabriziert ohne Rücksicht auf die Marktlage, oder dadurch, daß sie die Produktion einschränkt? Wir glauben ganz entschieden, daß unbedingt das erstere der Fall sein muß.

Wesentlich erleichtert wird die Durchführung einer Produktionseinschränkung durch die Konvention, und es ist nur zu wünschen, daß sie ihre Existenznotwendigkeit dadurch zeigt, daß sie jetzt die im allgemeinen Interesse der Branche erforderlichen Maßnahmen ergreift.

Daß die Fabrikanten schwer unter der Krise leiden, beweisen die häufigen Meldungen von Konkursen. Besonders die minder kapitalkräftigen Unternehmungen fallen in die Krallen des Pleitegeizers, aber auch bedeutende Firmen geraten in Zahlungsschwierigkeiten.

Der Bamberger Industrielle Gemeinger schreibt in der bereits genannten Zeitschrift über die Lage: Für die Baumwollindustrie handelt es sich ausschließlich um eine akute Ueberproduktion, die hervorgerufen ist durch die mehr als kurzfristige, von verlässlichen Fachleuten längst als gefährlich beurteilte unsinnige Vermehrung der Spindeln und Webstühle.

Es ist gut, daß auf diese schmerzhaften Wunden im deutschen Baumwollwaren- und Ausstattungsgebiet der Finger gelegt worden ist. Wird damit doch ausgesprochen, daß dadurch die großen Verluste für den Ausfuhrer und Gewinnsucher entstehen und die Gewohnheit, geeignet erscheint, die sonst so blühende Baumwollwarenbranche in Grund und Boden zu ruinieren!

Die Ueberproduktion in Spinnerei und Weberei wird aber durch die empfindlichen Maßregeln noch nicht aus der Welt geschafft, und es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Begehungsänderungen derartiger Art, die ohne Rücksicht auf das Bedürfnis, wie z. B. die englischen Spinner, ihre Maschinen ins Maßlose vermehren, durch ein Opfer der gesamten Industrie gestiftet werden müssen.

England ist der schwereren Gang bereits vorausgegangen, indem es eine Arbeitszeitverkürzung von 11 1/2 Stunden für Kanarifasere vereinbarte.

Deutschland muss, will es die akute, bei Vernachlässigung chronisch werdende Krankheit bezwingen, sich belagert davon machen, einige Zeit seine Arbeitsräume für Weberei und Spinnerei zu schließen.

Auch wir haben es in unserem Organ wiederholt ausgesprochen, daß das unsinnige Draufloswerfen von Preisen in Zeiten guter Konjunktur sich rächen müsse. Heute selbst Arbeitgeber und Arbeiter unter den Folgen einer wilden Wirtschaft.

Was es auch Großes und Unverkündliches zu erstreben gibt: den Mittelmännchen Fremde zu machen ist hoch das Beste, was man auf der Welt tun kann.

Der Zentralverband christl. Seidenarbeiter (Eig. Röh) hielt während der Pfingsttage seine dritte Generalversammlung in München ab. Aus kleinen Anfängen hat sich der Verband 1902 in München mit 400 Mitgliedern gebildet.

Der Zentralverband christl. Lederarbeiter Deutschlands, der Schuhmacher, Sattler und Geberearbeiter umfaßt, hat auch in 1907 eine den Verhältnissen entsprechende günstige Entwicklung genommen.

In Streiks und Lohnbewegungen war der Verband, sowohl was die Fälle selbst, als auch die Zahl der beteiligten Mitglieder angeht, recht zahlreich verwickelt.

Table with 2 columns: 'Es erreichten mehr an Lohn:' and 'Es erreichten weniger an Arbeitszeit:'. It lists the number of members and the amount of wage increase or working time reduction per week.

Insgesamt machen die erzielten Verbesserungen mehr als 50000 Mark an Lohn und rund 150000 Stunden weniger an Arbeitszeit pro Jahr aus.

Aus gegnerischen Organisationen. Vom sozialdemokratischen Gewerkschafts-Kongress. Der sechste Kongress der „Freien“ ist am Montag, 22. Juni in Hamburg zusammengetreten.

Der Antrag verlangt u. E. etwas ganz selbstverständliches. Wenn die Gewerkschaften eine Notwendigkeit sind für jeden erwerbsmäßig Tätigen, und wenn die Unorganisierten den Erfolg der gewerkschaftlichen Verbände aufhalten, dann ist es ganz natürlich, daß jedes Mitglied seine in Industrie oder Heimarbeit tätigen Töchter oder seine Frau den betr. Organisationen zuführen muß.

Wie sehr die Gewerkschaften sich mit der Verbrüderung mit der Sozialdemokratie in die Kesseln gesetzt haben, beweist wieder die Behandlung der Rassefrage, die noch auf keinem der letzten Kongresse gestellt hat.

Was es auch Großes und Unverkündliches zu erstreben gibt: den Mittelmännchen Fremde zu machen ist hoch das Beste, was man auf der Welt tun kann.

Die durch Kaiserliche Ausgesperrten von Geldern unterstügt, die von den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen aufgebracht werden mußten. Das Geld viel nicht, und die Frankfurter „Genossen“ hatten einen Antrag an den Kongress gestellt, der eine neue Regelung der Unterstüßungsfrage durch Generalkommissionen und oberste Parteinstanz wissen wollte, dahingehend, daß die Zentralstellen der einzelnen Verbände die Kosten bei event. Ausperrungen übernehmen. Wie es jetzt mit der Unterstüßungsfrage, könne es nicht weiter gehen. Es sei der Todesstoß für die Kaiserfeier. Die feierlustigen Frankfurter kamen schon an:

Cöthen-Berlin (Metallarbeiter): Wir zitieren nach dem „Vorwärts“, d. N. d. B. Die Motive des Frankfurter Antrages lehnen wir ab. Wir haben das größte Interesse daran, die Hauptlast der Gewerkschaften nicht mit der Kaiserfeier zu belasten. Wir können nicht dieses Zentrum als Belastung an den Beinen herumhängen. Einige Schwärmer mit gutem Willen, die aber nicht mit den Beinen auf der Erde stehen, möchten ja die Arbeiter um jeden Preis durchziehen, aber dann müßten die Gewerkschaften alle ihre Einnahmen der Kaiserfeier opfern. Ob das beabsichtigt, weiß ich angefaßt des Schicksals der Buchbinder und der Berliner Metallarbeiter nicht. (Heiterkeit.) Uns ist in den Großbetrieben durch die Streitigkeiten über Feiern und Nichtfeiern eine zehnjährige Organisationsarbeit vernichtet worden und ein Schaden entstanden, den kein Geld wieder gutmachen kann. Mit einem Schläge ist die Arbeit von Hunderten und Tausenden von Kollegen vernichtet worden. Nicht nur finanziell, auch moralisch hat unser Verband Niederlagen erlitten. Wer es mit der Großindustrie und einem brutalen Unternehmertum zu tun hat, muß vorsichtig sein. Im Interesse der Arbeiter und der Gewerkschaften verlangen wir für die Kaiserfeier am 1. Mai doppelte Vorsicht. (Lebhafte Beifall.)

Neumark-Hamburg (Holzarbeiter): Die Opposition gegen die Vereinbarung richtet sich in erster Linie gegen die Art, wie die Unterstüßung geregelt wird. Damit wird zugegeben, was bisher immer bestritten wurde, daß ein großes Risiko mit der Kaiserfeier verbunden ist. Wie oft wurde einzelnen Führern vorgeworfen, sie bremsen ganz unbedeutend, die Kaiserfeier ist ganz gefahrlos. Dann wendet sich die Opposition gegen die lokale Entscheidung. Es ist gewiß bequem, eine kräftige Parade zu halten oder störende Artikel für die Kaiserfeier zu schreiben, als selbst ins Gefängnis zu gehen und sich Kenntnis von den inneren Verhältnissen zu verschaffen. Zu den allermeisten Hoffnungen kann an eine Kaiserfeier nicht gedacht werden, die nur in den gut organisierten großen Industriebetrieben möglich ist. Wenn nur aus den Zentralstellen die Kaiserfeierunterstützung gezahlt wird, wissen dann nicht die Kollegen in den kleinen Orten sich sagen: Wir zahlen und zahlen, unsere Lohnbewegungsansprüche werden zurückgewiesen, nur weil sich Hamburg oder Berlin wieder einmal eine festliche Kaiserfeier leisten können. (Sehr wahr!) Unser Verband stimmt der Vereinbarung in ihrer Gesamtheit zu. Wir haben auf unserem Verbandstage in Berlin unsere Erfahrungen über die Kaiserfeier ausgetauscht, und diese Erfahrungen müßten zu den schwersten Bedenken Anlaß geben.

Dann folgen einige „Schwärmer“, die für eine wichtige Kaiserfeiern demonstration sich ins Zeug legen. Darauf **Paplow-Hamburg (Maurer):**

Der Maurerverband hat den Zweck der Förderung der Kaiserfeier nicht in seinem Statut und wird ihn auch nicht aufnehmen. Er wird sich das aber auch nicht vom Gewerkschafts-Kongress hindern lassen. Die Kaiserfeiern werden in der Zukunft nicht mehr stattfinden. Das ist die Meinung der einzelnen Zentralverbände. So mußte man zur Regelung der Kaiserfeier in lokalem Rahmen kommen. Das dabei manches noch nicht klärt, bedenken wir, können es aber nicht ändern.

Waldheim-Stuttgart (Metallarbeiter): Die Metallarbeiter haben sich bis auf zwei gegen den Frankfurter Antrag erklärt. Zum großen Teil sind wir auf Grund unserer Erfahrungen für eine Fortsetzung der Kaiserfeier nicht zu haben. Das tun wir nicht aus Stumpfsinn, obwohl es uns auch nicht gleich sein kann, wenn wir Tausende zwecklos ausgeben, sondern weil unsere Organisationen durch die Kaiserfeier zerrüttet, vernichtet werden. Über den „Kaisergeist“ hat ja erst jüngst Barbus eine Broschüre mit sehr viel Theorie, sehr viel Phantasie und sehr wenig Erfahrung geschrieben. Aber (gerade) der Klassenkampf wird gefährdet, wenn die tüchtigsten und tätigen Gewerkschaftler alljährlich hinausgeworfen werden. Seien wir also mit der Kaiserfeier recht vorsichtig. Am besten freilich machen wir mit der Arbeitsruhe am 1. Mai ganz Schluss. (Beifall.)

Cöthen-Berlin (Metallarbeiter): Ich stelle zunächst richtig, daß niemand nicht auf dem Standpunkt der übrigen Metallarbeiter steht. Man wird uns vor, wir müßten nicht den Klassenkampf fördern. Aber die alljährlichen Kämpfe hindern uns gerade, Kämpfe für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen. Wir wollen diesen Kampf nicht mit Phrasen, sondern in Wirklichkeit führen. Jeder beutet die Verhältnisse genau so wie ich, aber er bringt es nicht fertig, daraus die logischen Konsequenzen zu ziehen. Ich will den Streit mit ihm auf unsern nächsten Verbandstage vertagen, aber ich sage ihm in aller Freundschaft: Kauf dir bis dahin für fünfzig Logis, damit du nicht unter den Wagen kommst! (Große Heiterkeit.)

Köln-Altendorf (Fabrikarbeiter): Nachdem die überwiegende Mehrheit der deutschen Gewerkschaftler sich überzeugt hat, daß wir die Kaiserfeier nicht haben, die Kaiserfeier einzuführen, ist das Festhalten an der Kaiserfeier zwecklos. Haben wir also den Mut, das offen zu sagen.

Hildesheim-Hamburg: Parteivorstand und Generalkommission haben sich über die schwierige und kritische Frage geeinigt. Wir können ihn nur unterstützen. Eine Erweiterung der Arbeitsruhe können wir nicht anerkennen. Am liebsten möchten wir den goddischen Kram durchhauen und das Hindernis, Strafkasse und Heberleite ganz beseitigen. Damit arbeiten wir für das, wofür wir am 1. Mai demonstrieren. Bei den Verhältnissen der Großbetriebe und ihrer verbundenen Diktatur ist die Taktik der einseitigen Revolution nicht mehr möglich. Was wir für den 1. Mai fordern, haben wir zum Teil schon praktisch durchgeführt. Die Wirkung unserer Demonstrationen gefährdet das Gerüchte. Das wird Zeit und Erfahrung auch die Rabiaten lehren. (Beifall und Widerspruch.)

Wittig-Frankfurt (Steinmetzarbeiter): Die Kaiserfeier hat auf die Arbeiterbewegung ungünstig eingewirkt.

Waldheim-Stuttgart: Will hier im Sinne jemand behaupten, daß die Kaiserfeier schon jemals eine große Demonstration war? Der Versuch ist von Jahr zu Jahr gemacht und immer wieder mit demselben Resultat. Man hat in Berlin gefeiert, was die Menschen da und

der Kaiserfeier verloren haben. Wie oft hat man gesagt: Das war das letzte Mal. Es ist uns zu dumm, Jahr für Jahr hinauszuwerfen zu werden. Der Zeitsinn ist bei den Massen nur vorhanden, wo er eine solche materielle Unterstüßung findet.

Nach der Debatte wurde die Vereinbarung zwischen Generalkommission und Parteivorstand gutgeheißen und erstere gleichzeitig beauftragt, zwecks weiterer Regelung der Unterstüßungsfrage mit dem Parteivorstand in Verbindung zu treten. Wie muß den Parteivorstand das Herz wehe getan haben, bei einer solchen Behandlung des „Kaiserfestes“. Das sind die Früchte der Verbrüderung von Partei und Gewerkschaft. Gespannt darf man darauf sein, ob sich die Gewerkschaften in dieser Sache vor der Partei wieder „buden“ werden. Man ist ja vieles gewohnt!

Die „gelben“ Arbeiterorganisationen scheinen nicht gerade auf Kosten gebettet zu sein. Abgesehen davon, daß sie unter der Verachtung aller selbständigen freischaffenden Arbeiterkollegen stehen, haben sie merkwürdigerweise auch finanzielle Schwierigkeiten. Die Unternehmer scheinen entweder noch zu kurzfristig zu sein, um den „Nutzen“ der „gelben“ richtig einschätzen zu können, oder aber zu selbstbewußt, so daß sie auf ihre Unterstüßung glauben verzichten zu können. Vor wenigen Wochen mußte das Dresdener „gelbe“ Organ aus Mangel an Geldmitteln sein Erscheinen einstellen, und jetzt wird ein Vettelbrief des „gelben“ Arbeitsbundes (Sitz Berlin) in den Zeitungen veröffentlicht, worin ein Herr R. Sebus dringend um finanzielle Unterstüßung des „gelben“ Arbeitsbundes bittet, der im ersten Vierteljahr ganze 108 Arbeiter vermittelte habe. Der Mann will zufrieden sein, wenn die Herren Arbeitgeber nur 75 Pf. für jeden gelungenen Vermittlungsversuch zahlen. Das ist gewiß bescheiden genug. Wer würde aber auch in „gelben“ Arbeiterkreisen wagen, unbescheiden zu sein?

Der Neutralitätsrappel des Buchdruckerverbandes. Der deutsche Buchdruckerverband, so schreibt man uns, eine den sozialdemokratischen Gewerkschaften angeschlossene Organisation, hat in den letzten Jahrzehnten infolge seiner beherrschten Neutralität und seiner sonstigen „Taktik“ (Monopolvertrag pp.) „kolossalen Zuwachs“ erfahren.

Wir haben schon wiederholt durch kleinere und größere Artikel den Nachweis erbracht, daß die behauptete Neutralität nur Spiegelfechterei ist und der Buchdruckerverband wie die anderen „freien“ Gewerkschaften auf die Internationale schwören. Nur hat der Buchdruckerverband den Vorteil, daß sich in seinen Reihen ein kleiner Teil Mitglieder befindet, der der wahren Neutralität in politischen wie in religiösen Fragen das Wort redet, der große Teil verlangt die Neutralität „aus taktisch u. Gründen“, während schließlich ein nicht unbedeutender Teil von der Neutralität überhaupt nichts wissen will. Letzteres erhellt aus der Wiederwahl Reghäusers mit 105 Stimmen, während 26 weiße Felle und zwei andere Namen abgegeben wurden, nachdem der radikale Dergenoisse Rasini-Berlin die Erklärung abgegeben hatte, daß er und die meisten Berliner Kollegen für die Wiederwahl Reghäusers eintreten würden, nachdem Reghäuser in der Neutralitätsfrage eine befriedigende Zufriedenheit gegeben habe.

Der Radikalismus scheint sich auch im Buchdruckerverband mehr und mehr Bahn zu brechen, denn die schon mehrfach beantragte Verlegung der „Korr.“-Redaktion nach Berlin, dem Hauptort der Radikalen, und die Änderung des § 2, wonach derjenige, der einer gegnerischen Gewerkschaft angehört oder für sie agitiert, nicht aufnahmefähig ist (Generalsammungsbeschluss vom 1. Juni 1908) sprechen dafür.

Ferner: Vor der Generalsammlung meigerte sich der „Korr.“-Redakteur Reghäuser ganz entschieden, im Sinne der bekannten Stuttgarter Resolution zu schreiben und erklärte sogar: „Ich bleibe auf meinem Standpunkt stehen, selbst auf die Gefahr hin, nicht wieder gewählt zu werden“, während verschiedene Ortsvereine der Redaktion des „Korr.“ die Verpflichtung auferlegen wollten, im Sinne der Stuttgarter Resolution zu verfahren und Reghäusers Abjuration verlangten, nachdem dieser in 21 Artikeln, denen ein paar Mal soziale Entgegnungen folgten, die „neutralen“ Buchdrucker vom Sozialismus überzeugt und dabei die Sozialdemokratie manichäisch sehr kritisiert hatte, was den Herren Radikalen schwer auf die Nerven gefallen war.

Nach Reghäusers „betriedigender“ Zustimmung übernahm man die in ein paar unüberbrückbare Klüfte mit Neutralität, „Taktik“ und dem zu folgenden Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

Der Verband der deutschen Buchdrucker hält auch weiterhin fest an seinem prinzipiellen Standpunkt der gewerkschaftlichen Neutralität, im gleichen Sinne an der Solidität der übrigen Arbeiterkräfte. Der Ausschuss des Verbandes der deutschen Buchdrucker an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird auch ferner für eine absolute Notwendigkeit erachtet.

Wegen der zunehmenden Solidität sei auf die Stuttgarter Resolutionen (Juni 1903, Protokoll S. 12, 313 und 312 und Mannheim (1906) Protokoll S. 305) verwiesen und an folgenden Mannheimer Parteitagungsbeschluss erinnert:

„Eobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Manifests für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind um die Aktion durchzuführen.“

Wie man da war noch von freien Gewerkschaften und neutralen Buchdruckerverband reden kann! Christlich hegl. national-gewinnliche Buchdrucker! Bewußt, daß ihr mit dieser Taktik „zufrieden“ seid, tretet ein in den Berliner Bund, er den christlichen Gewerkschaften angehörend ist! Jede direkte oder indirekte Unterstüßung der Sozialdemokratie ist nicht vaterländisch.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Delegiertentag der evangl. Arbeitervereine. Zu Halle a. S. finden die evangl. Arbeitervereine am 11. Juni ihren 12. Delegiertentag ab. Herr H. Weber-M-Gladbach, der Vorsitzende des Gesamtverbandes, erwiderte den Geschäftsbericht. Daran anschließend entsand man sich eine sehr ausgedehnte Debatte, in der u. a. die Stellung der evangelischen Arbeitervereine zu den Christ-Dunckerischen Gewerkschaften und zu dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Sprache kam. Regere Debatten wurden sich jedoch gegen den Reichsverband, der der politischen Partei und Förderer der vaterländischen Arbeiterbewegung ist. Von mehreren Rednern

wurde gegen die Christ-Dunckerischen Gewerkschaften gesprochen. Diese könnten für den evangl. Arbeiter nicht in Frage kommen. Sie hätten keine Ideale und keine Zukunft. Die Redner empfahlen die Unterstüßung der christlichen Gewerkschaften. Ueber das Thema, Arbeiter und Kolonialpolitik, referierten Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann und Arbeitersekretär Wallbaum. Ueber das Parteilosen sprach Generalsekretär Martin (Witten) vom rheinisch-westfälischen Verband evangelischer Arbeitervereine. Eine scharfe Abfrage richtete der Delegiertentag an den Bund vaterländischer Arbeitervereine durch folgende einstimmig angenommene Entschließung:

„Der Delegiertentag des Gesamtverbandes nimmt mit lebhaftem Bedauern davon Kenntnis, daß der Bund vaterländischer Arbeitervereine in Dresden, Bittau und anderwärts sogenannte vaterländische Arbeitervereine gegründet hat, obgleich an diesen Orten bereits seit langen Jahren evangelische Arbeitervereine bestehen und obgleich der Bund vaterländischer Arbeitervereine in seiner Hamburger Pflanztagung 1907 erklärt hatte, er wolle an solchen Orten, wo bereits konfessionelle Arbeitervereine bestehen, seinerseits keine Vereine gründen. Der Delegiertentag richtet an den Bund das dringende Ersuchen, sich künftig an den in Hamburg ausgeprochenen Grundsatze zu halten, da er in weiteren Gründungen wie den oben genannten Feindseligkeiten gegen die evangelischen Arbeitervereine erblicken möchte.“

Die glatte Abgabe an den Bund der „Vaterländischen“ wird für diesen nicht ganz besonders angenehm klingen. Ihre Macher müssen doch bald einsehen, daß die Klassenbewußte Arbeitererschaft auf die sonderbare „Freundschaft“ der vaterländischen Arbeitervereine entschieden verzichtet.

Aus Unternehmerverbänden.

Die Privatbeamten im Kampfe um ihr Koalitionsrecht. Die Deffentlichkeit ist empört über die beachtliche Erdroßlung des Koalitionsrechtes der Privatbeamten durch die organisierten Metallindustriellen (Siehe Bericht in der letzten Nummer unseres Organs). Ein Sturm der Entrüstung erhob sich in allen Kreisen, die sich auch nur noch eine geringe Portion sozialen Gerechtigkeitsfusses bewahrt. Selbst in Unternehmerkreisen ist man gegen den Feldzug der bayrischen Industriellen aufgetreten. Der gewöhnliche Arbeiter im blauen Mittel hat nie so viel Teilnahme gefunden, wenn der Unternehmer ihm durch Brotlosmachung sein freies Koalitionsrecht rauben wollte. Gewaltakte, wie die gegen die Privatangestellten geplanten, sind in der Arbeiterbewegung ja gar nichts seltenes. Darüber regt sich die Deffentlichkeit gar nicht sonderlich mehr auf. „Das Alltägliche wird alt“ kann man bald sagen.

Dem bayrischen Metallindustriellenverband scheint doch ein Schrecken überfallen zu sein, ob der Dinge, die „trauliches“ Schreiben angerichtet hat. Er rief sich Feuerchen zu dämpfen durch folgenden neue Rundschreiben:

Verband bayrischer Metallindustrieller.

Der Beschluss vom 21. Mai 1908 und die an die Mitglieder herausgegebene Warnung vor den Angehörigen der in Schreiben vom 5. Juni 1908 bezeichneten Verbände beruht nach Überzeugung des Vorstandes auf einer reinlichen Fälschung der Tendenz der einzelnen Verbände auf Grund vorliegender Verurteilungen derselben.

Wirklich ist von verschiedenen Seiten dem Vorstand Material erbracht worden, welches denselben veranlaßt, in eine wiederholte Prüfung der Frage einzutreten und bis zu deren Erledigung seinen Mitgliedern einen Ausschub im Vollzuge des Rundschreibens vom 3. Juni 1908 zu empfehlen.

Der Vorstand wird gleichzeitig den in Rundschreiben bezeichneten Verbänden Gelegenheit geben, über ihre prinzipielle Stellungnahme dem Arbeitgeber gegenüber sich zu äußern und allenfallsige trübe Ansichten hierüber zu berichtigen.

Gemert wird, daß der Technikerverband in dem Beschlusse vom 21. Mai 1903 niemals einbezogen war. Der Vorstand des Verbandes bayr. Metallindustrieller.

S. B.: gez. Herz, 2. Vorsitzender.

Ich habe der heutigen Sitzung nicht anwesend, erkläre aber zu dem vorstehenden Beschlusse mein Einverständnis. gez. Dr. A. Kieppe, 1. Vorsitzender.

Dieser Rundzug ist jedenfalls nur ein Scheinmanöver, um die Entrüstung der öffentlichen Meinung zu beschwichtigen und es später dann etwas geschickter anzufangen, so daß keiner etwas merkt, wie es z. B. bei den Arbeitern gehandhabt wird. Vielleicht ist dieser Schlag gegen die Koalitionsfreiheit der Beamten auch dazu angetan, manchen Werkbeamteten einmal zu einer vernünftigen und gerechten Anschauung über dasjenige Recht der Arbeiter zu bringen. Die „Berliner-Zeitung“ Nr. 24 bemerkt zu dem ersten Zirkular der Metallindustriellen folgendes:

„Was auch der Deutsche Werkmeister-Verband nicht unter den verschiedenen Vereinigungen genannt ist, so sind unsere Mitglieder doch genau wie die anderen Angestellten von diesem Attentate auf das Organisationsrecht bedroht. Es wird einen einheitlichen Protest aller Angestellten herbeizuführen, der sicher die Zustimmung der öffentlichen Meinung und der Parlamente finden wird.“

Es wäre nur zu wünschen, daß dieser selbstverständliche Protest in den Beamtenkreisen auch dann eintreten würde, wenn das Koalitionsrecht der vaterländischen allerhöchsten, nämlich der Arbeiter, von den Schmarotzern bedroht würde und daß dieser Protest besonders laut würde, wenn sich Werkbeamtete (Revisor, Werkführer, Ingenieure usw.) noch als Handlanger bei den Attentaten auf die Arbeiterrechte mitbrauchen lassen.

Allgemeine Rundschau.

Allgemeines.

Zur Einführung des Festtagsgedenkens. Die im Dezember vorigen Jahres eingebrachte Novelle zur Gewerbeordnung sieht u. a. auch die Einführung des zehnjährigen Magistralarbeitsjahres für Arbeiterinnen vom 1. Januar 1910 ab vor. Da auch jetzt wieder Stimmen laut werden, die vom Standpunkte der Industrie aus lebhaftes Bedenken nach der Richtung hin äußern, ob nicht etwa eine Verkürzung der Arbeitszeit eine wesentliche Produktionsverminderung nach sich ziehen könnte, dürften einige Urteile über den Einfluß verkürzter Arbeitszeit auf die Produktion von allgemeinem Interesse sein, die wie in dem eben erschienenen Jahresbericht der bairischen Fabrikinspektion für das Jahr 1907 finden.

Bei der Verkürzung der Arbeitszeit am eine halbe Stunde wurden, so heißt es hier gleich zu Anfang, Klagen über Produktionsausfall oder geringeren Ertrags nicht laut. Bei weiterer Verkürzung findet sich aber sogar merkwürdig gleichzeitiger Ertragsrückgang keine Uebereinstimmung mehr. Der Leiter eines großen Textilunternehmens erzählt, es werde jetzt bei 10 Stunden

mehr als vorher in 11 Stunden produziert; man könne bei den Arbeitern ganz deutlich einen vermehrten Eifer und intensiveren Arbeiten feststellen. Allerdings werde von einzelnen zu häufig und zu oberflächlich gearbeitet und daher unedlere Ware abgeliefert, er hoffe aber, daß dieser Uebelstand bald nachlasse. Eine Vermehrung der Produktion beweiße schon der Umstand, daß er mit den Vorwerken nicht mehr nachkomme. Ausfall an Arbeitslohn sei nicht zu verzeichnen, die Leute verdienten sogar mehr.“

Ein anderer Textilindustrieller, der seit Jahren Statistik über die Leistungsfähigkeit der Webstühle führt, äußert sich folgendermaßen:

„Nachdem in früheren Jahren die Einführung der Luftbefeuchtung die Möglichkeit einer Steigerung der Stoffleistung gebracht hatte, sei seit Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden wieder eine erhebliche prozentuale Zunahme eingetreten, die in einzelnen Fällen sechs vom Hundert und mehr betrage. Die frühere Gesamtproduktion sei allerdings noch nicht wieder ganz erreicht worden. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit sei eine Aufbesserung der Löhne zwischen fünf und sieben vom Hundert Hand in Hand gegangen.“

Jedenfalls sprechen diese Urteile dafür, daß mit einer Verkürzung der Arbeitszeit nicht notwendig eine wesentliche Minderung der Produktionsleistung verbunden sein muß, vielmehr recht wohl das gleiche geleistet werden kann. Ein Produktionsausfall kann allerdings eintreten in solchen Betrieben, welche in ihren Einrichtungen, ihren Arbeitsmitteln und ihrer Organisation auf die Stufe höchster Vollkommenheit stehen. Hier dürfte eine Steigerung der Arbeitsleistungen wieder bei den Menschen noch bei den Maschinen angängig sein. Gerade diese fortgeschrittenen Betriebe haben aber in der Regel auch den zehnjährigen Magistralarbeitsstag, während die erheblich rückständigen Betriebe die Vorteile, welche die technisch vollkommeneren Betriebe vor ihnen voraus haben, durch eine längere Arbeitszeit auszugleichen suchen. Die Aufgabe geringerer technischer Leistungsfähigkeit einer Minderung von Betrieben ist aber auf die Dauer kein Anlaß, eine gesetzliche Maßnahme aufzuhalten, die einen sozialen und kulturellen Fortschritt bedeutet. Und als ein solcher ist unfruchtbar die gesetzliche Einführung des zehnjährigen Magistralarbeitsjahres anzusehen.

Berichtigung.

In Nr. 25 befinden sich in dem Artikel: „Betrachtungen eines Textilarbeiters zur Tariffrage“ zwei sinnverfälschende Fehler. Es muß heißen in dem vorletzten Absatz: „Die Textilindustriellen ziehen das tariflose Arbeitsverhältnis vor, usw.“ Im folgenden Satze: „Daher können wir auf einen Umschwung der Anschauungen unserer Arbeiter geben“ usw.

Veranstaltungskalender.

- Ameru-St. Georg. 5. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Wm. Clasen.
- Bertrath. 5. Juli, 11 Uhr, bei Leonhard Schäfers.
- Cottbus. 6. Juli, 8 Uhr, bei A. Böning, Kl. Saal.
- Düsseldorf. 5. Juli, 11 Uhr, im Paulushaus.
- Derschlag. 5. Juli, 5 Uhr, bei Julius Vorley.
- Dülken. 5. Juli, 11 Uhr, bei Aug. Gormann, außerordentliche Generalsammlung.
- Döhrn-Wülfel. 5. Juli, 11 Uhr, bei Wichmann, Generalsammlung.
- Embsitten. 5. Juli, 10 Uhr, Abrechnung.
- Grefrath. 5. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Wm. Beel.
- M-Gladbach-Hehn. 6. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Wm. Gies, Generalsammlung.
- Lürrip. 4. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Josef Wäsch, Generalsammlung.
- Glauchau. 4. Juli, 9 Uhr, im Weilerhaus.
- Holt. 5. Juli, 11 Uhr, bei David Kreh, Generalsammlung.
- Hülls. 4. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Jakob Reich.
- Hardt. 4. Juli, 9 Uhr, bei Gelsch. Pilsen, außerordentliche Generalsammlung.
- Hardebroich-Reich. 4. Juli, 1/2 9 Uhr, bei Hubert Kagen, Mühlenstraße.
- Metelen. 5. Juli, 4 1/2 Uhr, bei Hof. Rod, Generalsammlung.
- Münchenerbendorf. 9. Juli, 9 Uhr, im Schäfershaus.
- Neumünster. 4. Juli, 8 1/2 Uhr, im kath. Gefellenwerk (Vahnhöfstr.), Fabrikvertrauensmännerversammlung.
- St. Tünis. 6. Juli, 1/2 9 Uhr, bei Rennemann, Generalsammlung.
- Wank. 5. Juli, 11 1/2 Uhr, im Kaiser Gesellschaftshaus, A. Wülffeln.
- Waldheim. 5. Juli, 1/2 11 Uhr, bei Frau W. Stierken.
- Walheim. 5. Juli, 1/2 11 Uhr, bei Wm. Joh. Rennemann, Generalsammlung.
- Zittau (Sachsen). 4. Juli, 1/2 8 Uhr, in der Sibaum Bierhalle.

Vierßen. Gewerkschaftskongressverein „Eintracht“, a. G. m. b. H. zu Vierßen. Sonntag, den 12. Juli 1908, morgens 11 Uhr, im Lokale von Wlto Stierken, außerordentliche Generalsammlung. 2. D.: 1) Halbjährlicher Geschäftsbericht, 2) Bericht des. Sachverhalts und pünktliches Erscheinen erwartet.

Der Ausschussrat: J. E.: Jakob Mohren.

Literarisches.

Achtung! Mitglieder! Achtung!

Internationale Organisationen der christlichen Textilarbeiter-Organisationen unter besonderer Berücksichtigung der seit dem Jahre 1900 abgehaltenen Berufs-Konferenzen und Kongresse. Herausgegeben von der Leitung der Internationalen (Christl. Textilarbeiterorganisationen). (E. M. Schiffer-Düsseldorf.) Preis 40 Pfg. 162 Seiten Hart.

Das Werkchen ist gerade jetzt um so wertvoller, als eine allgemeine internationale christl. Gewerkschaftskongress-Konferenz (August 1908) bevorsteht.

Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Christl. Gewerkschaften und die Frage ihrer internationalen Verbindungen; Statistisches über die christl. Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Ländern; Die internationalen Beziehungen der christl. Textilarbeiter, ihre Konferenzen und Kongresse in den Jahren 1900, 1901, 1902, 1903, 1905, 1907; Der Parteilosevertrag der christl. Textilarbeiterverbände; Der allgemeine internationale Textilarbeiterkongress 1902 in Zürich usw. usw.

Zu beziehen durch: 1) Geschäftsstelle des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands Düsseldorf 51, Korneliusstr. 66, 2) Christlicher Gewerkschaftsverlag (A. Stegerwald, Köln, Palmstr. 14.) Diese Broschüre empfehlen wir dringend allen Mitgliedern zur Anschaffung. Die Vertrauensleute, Vorstandsmitglieder etc., welche sich um den Vertrieb bemühen, erhalten pro Exemplar eine Provision von 5 Pfg.